



## **Tagesordnung:**

- TOP 1** Eröffnung der öffentlichen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
- TOP 2** Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 08.06.2023
- TOP 3** Verpflichtung und Pflichtenbelehrung des Schülervertreters

### **Kindertagesstätten**

- TOP 4** Sachstandsberichte der Vertreterinnen der Kindergärten

### **Schulen**

- TOP 5** Sachstandsberichte der Schulleiter
- TOP 5.1** KGS Norderney
- TOP 5.2** Grundschule Norderney
- TOP 6** Änderung der Schulform der KGS von einer teilgebundenen hin zu einer offenen Ganztagschule  
Vorlage: 01/SV/304/2024

### **Soziales**

- TOP 7** Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
- TOP 8** Sachstandsbericht über die Gemeinwesenarbeit
- TOP 9** Umbau des Dachgeschosses im Haus der Begegnung zu Veranstaltungs- und Versammlungsräumen; Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- TOP 10** Förderung des Ehrenamts auf Norderney; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- TOP 11** Mitteilungen der Verwaltung
- TOP 12** Anfragen und Anregungen
- TOP 13** Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde

## Protokoll

### zu TOP 1 **Eröffnung der öffentlichen Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Die Vorsitzende begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie die außerdem anwesenden Beteiligten. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

RM Hahnen bittet, die Taktung der Sitzungstermine dieses Ausschusses zu ändern. Er wünsche sich eine thematische Gliederung der Bereiche, die dann in separaten Sitzungen behandelt werden sollten. Die jetzige Vorgehensweise mit einer umfangreichen Tagesordnung halte er für nicht zielführend.

BM Ulrichs sagt zu, die Aufteilung der Themenbereiche zukünftig mehr zu beachten.

### zu TOP 2 **Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 08.06.2023**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses vom 08.06.2023 wird genehmigt.

#### Abstimmungsergebnis:

Ja:	4
Nein:	0
Enthaltung:	3

### zu TOP 3 **Verpflichtung und Pflichtenbelehrung des Schülersvertreters**

Frau Leonie Ortmann wird von BM Ulrichs über ihre Pflichten (§ 43 NKomVG) belehrt und gem. § 60 NKomVG förmlich verpflichtet, diese nach besten Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen. Über die Pflichtenbelehrung und Verpflichtung werden einzelne Niederschriften aufgenommen.

## Kindertagesstätten

### zu TOP 4 **Sachstandsberichte der Vertreterinnen der Kindergärten**

Frau Anja Göhn, Leiterin der Kita „Am Kap“, berichtet über die Zu- und Abgänge der Kinder in den beiden Einrichtungen zum nächsten Schuljahresbeginn. Es würden voraussichtlich alle neu angemeldeten Kinder aufgenommen werden können.

Gleiches gelte für die Anmeldung zu den Krippenplätzen.

Personell seien die Einrichtungen derzeit gut aufgestellt. Ab März 2024 werde allerdings eine Kollegin, die auch im Ganztagsbereich tätig sei, ihr Arbeitsverhältnis beenden. Hier müsse noch Ersatz gefunden werden. Ab August 2024 beginne eine FSJ-Mitarbeiterin ihren Dienst. Hierfür werde noch eine Unterkunft gesucht.

Frau Göhn stellt die zusätzliche Sprachkitakraft, Frau Hesse, vor. Lt. Frau Bossmann unterscheide sich das Berufsbild der Sprachkitakraft zur Sprachförderung u. a. darin, dass von der Sprachkitakraft die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschult werden. Diese würden wiederum die Kinder im Rahmen der Sprachförderung anleiten.

Auf die Frage von RM Heckelmann zur Einführung der Bestell- und Abrechnungssoftware Mensa-Max in den Kitas erwidert Frau Göhn, dass der Elternrat der Kindergärten eine Arbeitsgruppe gebildet habe, die die Einführung prüfen werde. Der Elternrat sei ein Gremium, das zwischen Eltern und der Kita-Einrichtung installiert sei. Er sei Ansprechpartner für beide Seiten und nehme vermittelnde bzw. initiierte Aufgaben wahr.

## **Schulen**

### **TOP 5 Sachstandsberichte der Schulleiter**

#### **zu TOP 5.1 KGS Norderney**

Lt. Schulleiter Huth entwickle sich die Schülerzahl an der KGS zum Beginn des neuen Schuljahrs positiv. Es würden mehr Schüler und Schülerinnen eingeschult als abgehen. Nach Zusage der Landesschulbehörde können 2-3 Lehrkräfte eingestellt werden. Allerdings seien dagegen seit der Coronakrise sechs Kolleginnen und Kollegen ausgeschieden.

Es sei eine pädagogische Fachkraft eingestellt worden. Zudem werde derzeit mit der Stadtverwaltung geklärt, ob zukünftig eine zweite Stelle im Bundesfreiwilligendienst besetzt werden könne. Auch solle eine Erzieherin eingestellt werden.

Die Prognose zur Unterrichtsversorgung falle ab August 2024 sehr schlecht aus. Sie liege weit unter 100 %. Dabei unterrichte man an der KGS derzeit 225 Schülerinnen und Schüler aus 18 Nationen.

RM Geismann erkundigt sich nach der Versorgung der Schule durch eine Sprachintegrationskraft. Lehrervertreterin Frau Majert weist auf die Weiterbildung für Lehrkräfte „Deutsch als Fremdsprache“ bzw. „Deutsch als „Zweitsprache“ hin. Es seien für die KGS 13,4 Unterrichtsstunden vorgesehen.

RM Geismann fragt nach den Folgekosten für die anzuschaffenden iPads für alle Kinder der KGS. Lt. BM Ulrichs und Herrn Goldberg liege die Haftung für die Neugeräte bei der Stadt.

RM van Velzen bittet um Auskunft zu Unterkunftsmöglichkeiten für die neuen Lehrkräfte. BM Ulrichs verweist auf die bisherige Unterstützung durch die Stadt Norderney. Auch in kommenden Fällen werde sicherlich eine für alle Beteiligten annehmbare Lösung gefunden.

Auf die Frage nach der finanziellen Unterstützung der Kreismusikschule Norden für ihre Tätigkeit an der KGS erklärt BM Ulrichs, dass diese 10.000 € pro Jahr betrage.

#### **zu TOP 5.2 Grundschule Norderney**

Die Schülerzahl an der Grundschule stellt Schulleiter Pape als seit Jahren stabil dar. 169 Schüler aus ebenfalls 18 Nationen würden derzeit unterrichtet. Er lobt das Sprachförderkonzept an der Schule. Die Kinder würden dadurch sehr schnell die deutsche Sprache erlernen. Die Unterrichtsversorgung liege mit 15 Stunden unter dem Soll. Die Landesschulbehörde werde dafür eine zusätzliche Stelle ausschreiben.

Zusätzliche iPads seien für die Schülerinnen und Schüler der Grundschule nicht erforderlich. Die derzeit in den Klassen vorhandenen Geräte seien ausreichend. Er danke in diesem Zusammenhang Herrn Fokken – KGS – der für Probleme in der EDV auch an der Grundschule jederzeit zur Verfügung stehe.

Als derzeitige bauliche Maßnahmen nannte Schulleiter Pape das gerade durchgeführte Auffüllen des Sandes am Spielplatz des Schulhofes und die Verbesserung der dortigen Spielgeräte.

Das Netzwerk für Flüchtlinge funktioniere auf Norderney sehr gut. Ausländische Kinder könnten damit sehr schnell in diversen Bereichen unterstützt werden.

Die Grundschule Norderney sei nunmehr eine Biosphärenschule und damit Mitglied eines Netzwerkes von 17 Schulen an der norddeutschen Küste.

**zu TOP 6 Änderung der Schulform der KGS von einer teilgebundenen hin zu einer offenen Ganztagschule  
Vorlage: 01/SV/304/2024**

Die KGS Norderney strebt einen Antrag an die Landesschulbehörde zum Wechsel von einer teilgebundenen zu einer offenen Ganztagschule an. Eine Zustimmung des Schulträgers ist erforderlich.

Diese Veränderung begründet sich in der bereits gelebten Praxis des Ganztags an der Schule und durch organisatorische Veränderungen. (2017 erfolgte der Wechsel vom offenen zum teilgebundenen Modell zwecks veränderter Ausgestaltung der Vertiefungsstunden.)

Schulleiter Huth erläutert die Änderung. Die schulischen Gremien hätten dem Antrag bereits zugestimmt.

Es wird beschlossen, den Antrag der KGS zu unterstützen und die benötigte Zustimmung des Schulträgers für die Antragstellung zu erteilen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

**Soziales**

**zu TOP 7 Bericht der Gleichstellungsbeauftragten**

Aufgrund der Erkrankung der Gleichstellungsbeauftragten wird dieser Tagesordnungspunkt vertagt.

**zu TOP 8 Sachstandsbericht über die Gemeinwesenarbeit**

Frau Böing ist seit April 2023 bei der Stadt Norderney als Mitarbeiterin für die Gemeinwesenarbeit beschäftigt. Anhand einer Präsentation (s. Anlage) gibt sie einen Überblick über die von ihr bisher durchgeführten und von ihr begleiteten Projekte.

BM Ulrichs ergänzt, dass sich Frau Böing bei der Stadt neben den in der Präsentation genannten Projekten mit wesentlich mehr Aufgaben beschäftigt habe. So fülle sie bisher die seinerzeit gewünschte „Kümmererstelle“ aus und sei Ansprechpartnerin für Bürgerinnen und Bürger in vielen Fragen, für die bei der Stadtverwaltung derzeit keine Stelle vorhanden sei.

RM Geismann fragt Frau Böing, ob das Haus der Begegnung ihrer Meinung nach derzeit optimal genutzt werde.

Sie stellt die derzeitige Nutzung in Frage. Für die Verwaltung sei der politische Auftrag, festzustellen, wie diese Begegnungsstätte zukünftig genutzt werden könne. Hierzu erarbeite sie der-

zeit ein Konzept. Dieses wolle sie nach Fertigstellung gerne mit diesem Ausschuss bzw. mit den betroffenen Vereinen u. a. diskutieren.

**zu TOP 9 Umbau des Dachgeschosses im Haus der Begegnung zu Veranstaltungs- und Versammlungsräumen; Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen**

RM van Velzen verliert den Antrag der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

BM Ulrichs erläutert, dass im Jahr 2020 durch den Fachbereich III eine Planung von fünf Mietwohnungen im Dachgeschoss des Hauses vorgenommen worden sei. Es habe sich herausgestellt, dass die Gestaltung des Bereichs durch die im Haus vorhandene, erhebliche Menge an Stahl und Beton finanziell sehr aufwendig geworden wäre (3,3 Mill. Euro). Der Bau von Wohnungen in dem Haus sei somit wirtschaftlich nicht tragbar. Alternative Nutzungen, wie z.B. als Büro- oder Sitzungsräume, seien zwar günstiger aber mit 2,5 Mill. Euro immer noch nicht wirtschaftlich.

Eine weitere Alternative könnte lt. BM Ulrichs die Verlegung des Stadtarchivs in das Dachgeschoss sein. Die Räumlichkeiten im Erdgeschoss wären dann frei für die Herrichtung einer echten Begegnungsstätte. Nach derzeitigem Stand gestalte sich das allerdings wegen des Alters des Gebäudes und der rechtlichen Auflagen sehr schwierig.

Die FDP hält lt. RM Hahnen die Umgestaltung für wirtschaftlich nicht tragbar. Zudem hätten die Vereine dort ihre Berechtigungen.

Die FWN sieht lt. RM Budde derzeit keinen Bedarf für die Umnutzung des Hauses. Zudem biete z.B. die AWO Norderney Räume für Versammlungen/Begegnungen an.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Umbau des Dachgeschosses im Haus der Begegnung hin zu Versammlungs- und Veranstaltungsräumen zu prüfen und, falls technisch und finanziell machbar, im Herbst/Winter 2024/2025 umzusetzen. Zur Prüfung soll auch das Einwerben möglicher Fördergelder gehören.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja:	4
Nein:	3
Enthaltung:	0

**zu TOP 10 Förderung des Ehrenamts auf Norderney; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

RM Geismann verliert den Antrag. In der Diskussion wird gefragt, wem die Vergünstigungen zugutekommen sollen und welche Kriterien der ehrenamtlich Tätige hierfür erfüllen müsse. Dies werde in dem Antrag nicht deutlich.

BM Ulrichs stellt fest, dass die Stadtverwaltung regelmäßig Anträge zur Straßensondernutzung von ehrenamtlich Tätigen positiv unterstützend gegenüberstehe. Es ergingen nur in Ausnahmefällen gebührenpflichtige Bescheide. StAR Goldberg erläutert die Kriterien zur Gebührenerhebung. Danach gebe es für diverse Ehrenämter bereits Ausnahmeregelungen von der Gebührenpflicht. BM Ulrichs macht deutlich, dass die Stadtverwaltung / TDN die ehrenamtlichen Veranstaltungen auf Norderney bereits in erheblichen Maße durch die kostenlose Bereitstellung von Mitarbeitern und Material unterstütze. Er bezifferte die Kosten hierfür mit ca. 40 – 45.000 € pro Jahr.

RM Hahnen verdeutlicht, dass eine Wertschätzung der ehrenamtlich Tätigen von großer Bedeutung sei. Für seine Partei sehe er aber aufgrund der Abgrenzungsprobleme nicht die Möglichkeit, die genannten Vergünstigungen einzuführen. Er schlage eine Anerkennung z.B. durch das Veranstellen eines Grillfests oder eines gemeinsamen Kinoabends vor, bei dem alle ehrenamtlich Tätigen geladen seien.

Frau Böing weist auf die Deutsche Stiftung für Ehrenamt und Engagement hin. Dort könne jeder Verein finanzielle Unterstützungen für unterschiedliche Förderungen seiner Mitglieder erhalten. Zudem weist sie auf die Ehrenamtspauschale hin.

Der Ausschuss möge dem Rat folgendes zur Beschlussfassung empfehlen:

1. Die Freistellung von den Gebühren für eine Einwohnerjahreskarte, die Übernahme der Kosten eines Jahresleseausweises in der Stadtbibliothek, soweit es sich um Norderneyer und Norderneyerinnen handelt die über eine gültige Ehrenamtskarte verfügen, bzw. um junge Erwachsene die auf Norderney einen anerkannten Freiwilligendienst leisten.
2. Die Freistellung von Norderneyer Vereinen, Verbänden, Parteien, Serviceclubs von den Gebühren der Straßensondernutzung. (Dies erfordert eine Überarbeitung der Straßensondernutzungsgebührensatzung).
3. Die Verwaltung zu beauftragen, analog der Regelungen der Entschädigungssatzung für die Freiwillige Feuerwehr, für Fort- und Weiterbildungen die dem Ehrenamt in Norderneyer Vereinen (bspw. Übungsleiterinnen- und Übungsleiterausbildung, JULEICA) dienen, finanziell zu fördern und die hierfür notwendigen Förderrichtlinien zu entwickeln.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	1
Nein:	3
Enthaltung:	1

#### **zu TOP 11    Mitteilungen der Verwaltung**

StAR Goldberg berichtet von verschiedenen Förderanträgen die sich in Planung oder in Bearbeitung befinden.

- Derzeit gebe es ein Förderprogramm zum Ausbau der Ganztagschulen. Nachdem die Richtlinien zu Gewährung nunmehr feststehen, könne der Förderantrag gestellt werden.
- Fördermittel aus den Restmitteln des Digitalpakts würden noch generieren werden.
- Das Sanierungskonzept des Grundschulhofes sei in Bearbeitung.
- Der Landkreis Aurich habe die Zuschüsse für die Ferienbetreuung der Norderneyer Grundschul Kinder gekürzt.

#### **zu TOP 12    Anfragen und Anregungen**

- RM Budde stellt das Projekt „Nettis Naturkinder“ vor. Dessen Intention sei, die Natur vor der Haustür sinnlich zu erleben. Netti wolle die Natur der Insel den Norderneyer Kindern auf

spielerische Art näherbringen. Unterstützung sei lt. RM Budde bereits vom Rotary Club Norderney und vom Hegering Norderney signalisiert worden. Herr Jens Harms (KGS Norderney) wolle sich der Maßnahme annehmen und die weitere Organisation mit den Schulen und evtl. den Kindergärten vorantreiben.

- Unter Bezug auf die z.B. für den Seniorenverein Norderney im vergangenen Jahr erheblich gestiegenen Energiekosten fragt RM Geismann nach einer finanziellen Unterstützung für gemeinnützige Vereine auf Norderney.

Lt. BM Ulrichs müsse dazu zunächst einmal festgelegt werden, für welche Vereine eine solche Regelung gelten und in welcher Höhe eine entsprechende Unterstützung gewährt werden solle. Vorher könne er dazu keine Aussage treffen. Die Abrechnung der Kosten im Haus der Begegnung seien in den letzten Jahren sehr moderat ausgefallen.

- RM Geismann bittet den Bürgermeister, einen Gleichstellungsbericht gemäß § 9 NKomVG über Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern bei der Stadt Norderney abzugeben. BM Ulrichs erwidert, dass dieser Bericht durch die Gleichstellungsbeauftragte erstellt werde. Er hätte in dem in dieser Sitzung abgesetzten TOP 7 vorgetragen werden sollen.
- RM Geismann fragt nach der in der vergangenen Sitzung angesprochenen Einstellung eines Sozialarbeiters bzw. einer Sozialbearbeiterin. BM Ulrichs stellt fest, dass mit dem Landkreis Aurich als zuständiger Behörde vereinbart worden sei, über einen längeren Zeitraum festzustellen, welche Aufgaben hier auf der Insel anfallen. Dann solle geklärt werden, wie zukünftig zu verfahren sei.

#### **zu TOP 13      Einwohner-/Einwohnerinnenfragestunde**

Keine

Alexandra Eggers  
Vorsitzender

Frank Ulrichs  
Bürgermeister

Ludwig Pauls  
Protokollführer